

1. Teil: Strafrechtliche Grundlagen	1
1. Abschnitt: Begriff und Quellen des materiellen Strafrechts	1
2. Abschnitt: Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	2
A. Inlandstaaten	2
B. Auslandstaaten	3
3. Abschnitt: Die Zwecke strafrechtlicher Verbote und ihrer Rechtsfolgen	5
A. Fragmentarischer Schutz von Rechtsgütern	5
B. Zwecke von Strafen und Maßregeln	7
I. Strafen	7
II. Maßregeln der Sicherung und Besserung	8
4. Abschnitt: Die Gerechtigkeitsprinzipien des Strafrechts	9
A. Das Gesetzlichkeitsprinzip	9
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	9
II. Adressaten	9
III. Reichweite	10
IV. Die vier Kardinalprinzipien des Strafrechts, abgeleitet aus dem Gesetzlichkeitsprinzip	11
1. Keine Strafbarkeit ohne geschriebenes Gesetz – strenger Gesetzesvorbehalt	11
2. Keine Strafbarkeit ohne sicheres Gesetz – Bestimmtheitsgrundsatz	12
3. Keine Strafbarkeit ohne strenges (streng beachtetes) Gesetz – Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts und täterbelastender Analogie; Auslegung und Grenzen	13
a) Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts	13
b) Verbot täterbelastender Analogie	13
c) Auslegungsmethoden	14
d) Grenzen der Auslegung	17
4. Keine Strafbarkeit ohne vorheriges Gesetz	17
a) Rückwirkungsverbot für Strafgesetze	18
b) Verbot rückwirkender und täterbelastender Rechtsanwendung	19
B. Das Schuldprinzip	20
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	20
II. Reichweite	21
5. Abschnitt: Deliktsarten	22
A. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	22
B. Erfolgsdelikte, schlichte Tätigkeitsdelikte	23
C. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	24
D. Vollendung und Versuch	25
E. Vergehen und Verbrechen	25
F. Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung	26
G. Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte	27
■ Zusammenfassende Übersicht: Deliktsarten	28

6. Abschnitt: Die für alle Delikte gültigen Strafbarkeitsvoraussetzungen	29
A. Handlung	29
I. Funktion	29
II. Die strafrechtlichen Handlungslehren	29
III. Einordnung der Handlung in den Verbrechensaufbau	31
B. Tatbestandsmäßigkeit	31
I. Funktion	31
II. Simultaneitätsprinzip	31
III. Stellung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	32
IV. Lehre von der objektiven Zurechnung	33
C. Rechtswidrigkeit	33
I. Funktion	33
II. Eigenständigkeit von Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	33
D. Schuld	34
E. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	34
I. Objektive Strafbarkeitsbedingungen	34
II. Strafausschließungsgründe; Strafaufhebungsgründe	35
III. Prozessuale Strafbarkeitsvoraussetzungen und -hindernisse	35
IV. Strafzumessungsvorschriften	35
F. Konkurrenzen	36
 2. Teil: Das vollendete vorsätzliche Erfolgsdelikt als Begehungstat	 37
1. Abschnitt: Tatbestandsmäßigkeit	38
A. Objektive Tatbestandselemente	38
I. Deliktsspezifische äußere Unrechtsmerkmale	38
II. Tathandlung	38
Fall 1: „Handlung“ und „Nicht-handlung“; Unterlassen als Handlung	39
III. Kausalzusammenhang zwischen Handlung und Erfolg	42
1. Bedingungs- oder Äquivalenztheorie	
(conditio sine qua non-Formel)	42
Fall 2: Jede Handlung kann für sich hinweggedacht werden	44
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	45
IV. Gefahrezusammenhang zwischen einer kausalen Handlung und dem Erfolg	46
1. Das Erfordernis einer objektiven Zurechnung der kausalen Handlung zum tatbestandlichen Erfolg	46
2. Problematische Fallgruppen	49
a) Fehlen eines rechtlich missbilligten Risikos	49
b) Zurechnungsausschluss mangels Risikozusammenhangs	51
Fall 3: Zwei Mörder desselben Opfers	54
Fall 4: Mord und Totschlag durch denselben Täter am selben Opfer	59
■ Zusammenfassende Übersicht: Kausalität, obj. und subj. Erfolgszurechnung	64

B. Subjektive Tatbestandselemente	65
I. Tatbestandsvorsatz	65
1. Bezugspunkte und Konkretisierung des Vorsatzes	65
2. Zeitliche Beziehung zwischen Tatverwirklichung und Vorsatz	67
Fall 5: dolus subsequens; Grenzen der subjektiven Zurechenbarkeit von Kausalabweichungen	67
3. Vorsatzformen	69
a) Absicht	69
b) Direkter Vorsatz	70
c) Eventualvorsatz	70
Fall 6: dolus eventualis für einen Deliktserfolg und seine Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit sowie zum Gefährdungsvorsatz	71
4. Vorsatzkombinationen	76
a) Dolus cumulativus	76
b) Dolus alternativus	77
Fall 7: dolus alternativus in Bezug auf verschiedene Rechtgutträger ...	77
II. Deliktsspezifische subjektive Tatbestandsmerkmale.....	79
1. „Wider besseres Wissen“	79
2. „Absicht“	79
■ Zusammenfassende Übersicht: Subjektiver Tatbestand des vorsätzlichen Begehungsdelikts	81
2. Abschnitt: Rechtswidrigkeit	82
A. Systematik der Erlaubnissätze	82
I. „Rechtswidrigkeit“ im Strafgesetz als Tatbestandsmerkmal oder als bloßer Hinweis auf etwaige Rechtfertigungsgründe	82
II. Rechtsquellen für Erlaubnissätze	83
III. Nur beschränkte Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips aus Art. 103 Abs. 2 GG	83
1. Kein numerus clausus	83
2. Keine teleologische Reduktion, wohl aber Auslegung und ausdehnende Analogie	83
IV. Rechtswirkungen von Rechtfertigungsgründen	84
1. Eingriffsrecht und Duldungspflicht	84
2. Mangels Unrecht auch keine Teilnahmefähigkeit	85
3. Teilbarkeit der Rechtfertigung	85
V. Gemeinsame Strukturen der „Erlaubnistatbestände“	85
VI. Ex-post-Beurteilung der Konfliktlage und ex-ante-Beurteilung der Eingriffshandlung	86
VII. Das subjektive Rechtfertigungselement	86
1. Notwendigkeit	86
2. Inhalt	86
3. Rechtsfolgen fehlender subjektiver Rechtfertigung	87
VIII. Prüfungsreihenfolge bei mehreren möglichen Rechtfertigungsgründen	88

1. Grundsatz der Spezialität	88
2. Konkurrenzen von Rechtfertigungsgründen	88
B. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Interessen der Rechtsordnung	89
I. Notwehr, § 32	89
1. Angriff	90
2. Gegenwärtigkeit des Angriffs	92
3. Rechtswidrigkeit des Angriffs	93
4. Verteidigung	94
5. Erforderlichkeit der Verteidigungshandlung	95
6. Gebotenheit der Verteidigungshandlung	96
a) Bagatelanganriffe	97
b) Krasses Missverhältnis	97
c) Angriff schuldlos Handelnder	97
d) Persönliche Nähebeziehung	98
e) Notwehr gegen Schutz- oder Schweigegelderpresser	99
f) Widerstand gegen hoheitliches Handeln	100
g) Europäische Menschenrechtskonvention	100
h) Schuldhafte Herbeiführung der Notwehrlage	101
Fall 8: Notwehrverkettungen; actio illicita in causa	104
i) Abwehrprovokation	108
7. Verteidigungswille	108
8. Nothilfe	109
a) Notwehrbeschränkungen des Angegriffenen gelten auch für den Nothelfer	109
b) Nothilfe darf nicht aufgedrängt werden	109
c) Die Allgemeinheit ist im Rahmen der Nothilfe kein „anderer“	110
d) Rechtfertigung von Hoheitsträgern aus Nothilfe	110
■ Zusammenfassende Übersicht: Notwehr und Nothilfe, § 32	112
II. Selbsthilferechte	113
1. Selbsthilfe zur Anspruchssicherung nach den §§ 229 ff. BGB	113
2. Selbsthilfe des Besitzers, § 859 BGB	114
III. Vorläufige Festnahme	114
1. Festnahmelage	115
2. Festnahmehandlung	116
3. Festnahmeabsicht	117
Fall 9: Grenzen der Jedermann-Festnahme; §§ 229, 230 BGB	117
IV. Rechtfertigender Notstand	120
1. Notstandslage	121
2. Erforderlichkeit der Notstandshandlung	122
3. Interessenabwägung	123
Fall 10: Präventivnotwehr; Interessenabwägung im Defensivnotstand	124
4. Angemessenheit	126
a) Generelles Abwägungsverbot	127
b) Sonstige oberste Rechtsprinzipien	127

c) Besondere Duldungspflichten	129
5. Gefahrabwendungswille	129
■ Zusammenfassende Übersicht: Rechtfertigender Notstand, § 34	130
V. Erziehungsrecht	131
C. Unrechtsausschlüsse wegen Handelns zum Schutz der Interessen des Rechtsgutträgers	131
I. Rechtfertigende erklärte Einwilligung	131
1. Rechtliche Zulässigkeit	132
2. Einwilligungserklärung	32
a) Zur Disposition Berechtigter	132
b) In Bezug auf Eingriffshandlung und -erfolg	132
c) Kundgabe nach außen	133
3. Wirksamkeit	133
a) Einwilligungsfähigkeit	133
b) Ernstliche und willensmangelfreie Zustimmung	134
Fall 11: Ärztlicher Heileingriff; hypothetische Einwilligung	134
c) Sittenverstoß, § 228	137
Fall 12: Grenzen der Einwilligung bei verabredeten Massenschlägereien	138
4. Subjektives Rechtfertigungselement	140
II. Rechtfertigende mutmaßliche Einwilligung	140
1. Subsidiarität gegenüber dem entgegenstehenden Willen oder einer einholbaren Einwilligung	140
2. Rechtliche Möglichkeit eines Rechtsschutzverzichts	141
3. Übereinstimmung mit dem mutmaßlichen Willen	142
4. Subjektives Rechtfertigungselement	142
III. Die tatbestandsausschließende Einwilligung (Einverständnis)	142
Fall 13: Einverständnis zum Betreten einer Wohnung und zum Gewahrsamsverlust	144
IV. Gibt es auch ein „mutmaßliches Einverständnis“?	146
■ Zusammenfassende Übersicht: Einwilligung	148
D. Rechtfertigung hoheitlichen Handelns	149
I. Handeln aufgrund eigener Entscheidung	149
II. Vollstreckung eines Urteils oder Verwaltungsakts	151
III. Befolgung einer dienstlichen Weisung	151
IV. Ausführung eines rechtswidrigen, aber verbindlichen Befehls	152
3. Abschnitt: Schuld	153
A. Schuldfähigkeit	154
I. Die altersabhängigen Stufen der Schuldfähigkeit im Allgemeinen	154
II. Biologisch-psychologische Schuldunfähigkeit im Einzelfall	154
III. Hauptanwendungsfall für § 20: Alkoholrausch	155
IV. Die actio libera in causa	157
Fall 14: Entbehrlichkeit der fahrlässigen actio libera in causa und Begründungsmodelle der vorsätzlichen actio libera in causa	158

Fall 15: Actio libera in causa bei verhaltensneutralen Vorsatzdelikten	166
V. Verminderte Schuldfähigkeit	168
B. Spezielle Schuldmerkmale	169
C. Entschuldigungsgründe	170
I. Notwehrexzess, § 33	170
1. Notwehrlage	171
2. Überschreitung der Notwehrgrenzen	172
3. Asthenischer Affekt	172
4. Innerer Zusammenhang zwischen Exzess und Affekt	172
5. Verteidigungswille	172
Fall 16: Bewusste Überschreitung einer verschuldeten Notwehr	173
II. Entschuldigender Notstand, § 35	175
1. Notstandslage	175
2. Notstandshandlung	177
3. Gefahrabwendungswille	178
Fall 17: Beseitigung einer Lebensgefahr für sich und einen Nahestehenden	178
Fall 18: Auswirkungen der vom Gefährdeten verschuldeten Notstandslage auf den Notstandshelfer (1. Abwandlung des Falles 17)	180
Fall 19: Auswirkungen der vom Notstandshelfer verschuldeten Notstandslage auf den Gefährdeten (2. Abwandlung des Falles 17)	181
III. Übergesetzlicher entschuldigender Notstand	181
1. Notstandslage	182
2. Notstandshandlung	182
3. Gefahrabwendungswille	183
Fall 20: Quantitativer Lebensnotstand	183
IV. Grenzen strafrechtlicher Entschuldigung	184
■ Zusammenfassende Übersicht: Entschuldigungsgründe	187
D. Unrechtsbewusstsein	188
I. Kein Irrtum nach § 16 oder sonstiger Spezialregel	188
II. Deliktsbezogener Verbotsirrtum im Tatzeitpunkt	188
III. Unvermeidbarkeit oder Vermeidbarkeit	189
4. Abschnitt: Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgründe	190
A. Strafausschließungsgründe	190
I. Persönliche Strafausschließungsgründe	190
II. Sachliche Strafausschließungsgründe	190
B. Strafaufhebungsgründe	191
5. Abschnitt: Strafantrag; andere Strafverfolgungsvoraussetzungen oder -hindernisse	191
A. Strafantrag	191
I. Der Strafantrag muss gesetzlich vorgeschrieben sein	191
II. Der Antrag muss gestellt und darf nicht zurückgenommen sein	191

III. Der Antragsteller muss antragsberechtigt sein	192
IV. Der Antrag muss form- und fristgerecht gestellt worden sein	192
V. Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	192
B. Strafverfolgungshindernisse	193
I. Verfolgungsverjährung	193
II. Weitere Strafverfolgungshindernisse	194
3. Teil: Das fahrlässige Begehungsdelikt	195
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	195
A. Unterschiede zur Vorsatztat	195
B. Fahrlässigkeit	196
I. Definition	196
II. Fahrlässigkeitsformen	197
III. Objektive und individuelle Fahrlässigkeit	197
IV. Standort im Deliktsaufbau	198
V. Ermittlung der Fahrlässigkeit im konkreten Fall	199
1. Sorgfaltswidrigkeit	199
2. Vorhersehbarkeit	201
C. Pflichtwidrigkeits- und Zurechnungszusammenhang zwischen der fahrlässigen Handlung und dem Erfolg	202
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	202
1. Schaffung rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz	202
2. Inadäquanz	202
II. Verbleibende Tatbestandsausschlüsse	202
1. Risikoverringerung	202
2. Erfolg außerhalb des Risikozusammenhangs der fahrlässigen Handlung; hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	203
3. Erfolg außerhalb des Schutzzweckzusammenhangs	205
4. Anknüpfende Zweithandlungen	205
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	205
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdungen des Opfers	205
D. Rechtfertigung.....	206
E. Schuld	206
I. Allgemeine Schuldelemente	206
II. Fahrlässigkeitsschuld	206
III. Unzumutbarkeit	207
2. Abschnitt: Spezielle Fahrlässigkeitsprobleme	209
A. Sonderwissen	209
B. Die Prüfung hypothetisch rechtmäßigen Alternativverhaltens im Einzelnen; Risikoerhöhungslehre	209
Fall 21: Radfahrer-Fall	209
C. Einverständliche Fremdgefährdung und rechtfertigende Einwilligung in sorgfaltswidriges Verhalten	212

Fall 22: Einverständliche Fremd- und eigenverantwortliche Selbstgefährdung; § 228 zur Begrenzung der rechtfertigenden Einwilligung in Körperverletzungen	212
Fall 23: Einwilligung in Lebensgefährdungen mit Todesfolge (Abwandlung des Falles 22)	216
■ Zusammenfassende Übersicht: Das fahrlässige Begehungs(-Erfolgs-)delikt	219
4. Teil: Das vorsätzliche unechte Unterlassungsdelikt	220
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	220
A. Arten der Unterlassungsdelikte	220
B. Aktives Tun oder Unterlassen	220
C. Die besonderen Deliktsmerkmale des § 13	223
I. Tatsächliche Handlungsmöglichkeit	223
II. Garantenstellungen	223
1. Beschützergarantien	223
a) Rechtssatz	223
b) Rechtlich fundierte enge Lebensgemeinschaft	223
c) Gemeinschaften mit Schutzfunktion	224
d) Übernahme von Schutzpflichten	224
e) Besondere berufliche Stellung, insbesondere Amtsträger	225
2. Überwachungsgarantien	227
a) Rechtssatz	227
b) Beherrschung einer Gefahrenquelle	227
c) Ingerenz	229
III. Gleichwertigkeit des Unterlassens mit aktivem Tun	231
D. (Quasi-)Kausalität	232
E. Gefahr-/Zurechnungszusammenhang zwischen garantenpflichtwidrigem Unterlassen und Erfolg	233
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	233
1. Schaffung rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz, Risikoverringerung	233
2. Hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	233
3. Schutzzweckzusammenhang	233
II. Verbleibende Fallgruppen	234
1. Inadäquanz.....	234
2. Risikoabbruch	234
3. Anknüpfende Zweithandlungen	234
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	234
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdung	235
F. Vorsatz	236
I. Unterlassungsvorsatz	236
II. Vorsatz in Bezug auf die Quasi-Kausalität	236
G. Rechtswidrigkeit	237
H. Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	237

2. Abschnitt: Spezielle Probleme beim unechten Unterlassungsdelikt	239
A. Abgrenzung aktiven Tuns vom Unterlassen	239
Fall 24: Abbruch eigener Rettungshandlungen; Abhalten Rettungswilliger und Kausalität	239
B. Ingerenz	243
Fall 25: Gerechtfertigtes Vorverhalten	243
C. Hypothetisch rechtmäßiges Alternativverhalten; Unterlassungsvorsatz; Rechtfertigung der Unterlassungstat; Unzumutbarkeit	247
Fall 26: Fenstersturz-Fall	247
D. Rechtfertigende Pflichtenkollision	250
Fall 27: Kollision gleichrangiger Handlungspflichten	250
■ Zusammenfassende Übersicht: Besonderheiten des vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikt	253
 5. Teil: Das fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt	254
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	254
2. Abschnitt: Abgrenzung Tun/Unterlassen	254
3. Abschnitt: Keine selbstständige Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	255
4. Abschnitt: Fallanwendung	257
Fall 28: Abgrenzung aktives Tun und Unterlassen bei der Fahrlässigkeitstat; sorgfaltswidriges Unterlassen	257
Fall 29: Quasi-Kausalität und Risikoverminderung	258
 6. Teil: Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen, speziell: das erfolgsqualifizierte Delikt	260
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	260
A. Strafbegründende Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	260
B. Strafschärfende Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	260
2. Abschnitt: Tatbestandsspezifischer Gefahrzusammenhang zwischen Grunddelikt und schwerer Folge	261
3. Abschnitt: Keine darüber hinausgehende Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	262
4. Abschnitt: Aufbau	262
Fall 30: Gefahrspezifischer Zusammenhang bei der Körperverletzung mit Todesfolge	264
 Stichwortverzeichnis	269